

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

13.1.1928 (No. 11)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlicher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. e. n. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassentabell gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, und Kontakverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Bezahlungszahlung für Februar 1928

Der Badische Finanzminister hat veranlaßt, daß die den Beamten, Ruhestandsbeamten und Sinterbliebenen zustehenden Bezüge für den Monat Februar 1928 spätestens auf 24. d. M. ausbezahlt werden. Da, wo die Überweisung an eine Bank erfolgt, kann unter Umständen 1 bis 2 Tage früher über die Überweisung verfügt werden. Auch die Beamten im Vorbereitungsdienst, sowie die Angestellten sollen die Bezüge für die erste Hälfte des Monats Februar schon auf diesen Zeitpunkt erhalten.

#### Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten

Der Beginn der diesjährigen Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist auf den 7. März d. J. in Aussicht genommen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats Februar beim Justizministerium einzureichen.

#### Um das Reichsschulgesetz

Noch keine Annäherung in der Simultanschulfrage

In leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei erklärt man sich von der erzielten Regelung des § 16 durchaus befriedigt. Es wird darauf hingewiesen, daß die geistliche Schulaufsicht durch die jetzige Form des § 16 ausgeschlossen ist. Die Einschränkung habe nur den Charakter der Information und schließe jede Kritik, Anordnung und Kontrolle des Religionsunterrichtes durch die kirchlichen Behörden aus. Das einzige Recht des Einsichtnehmens bestehe darin, wenn der Religionsunterricht nach seiner Auffassung nicht den Lehren der Kirche entspreche, eine Eingabe an die vorgesetzte Schulbehörde zu machen. Dieses Recht sei jedoch kein besonderes, sondern stehe ebenso allen Eltern zu. Befriedigung herrscht in volksparteilichen Kreisen auch über das Kompromiß, das die Beauftragung des Ortsgeistlichen als solchen ausschließt. Die Worte „als solchen“ bedeuten, daß man den Geistlichen an sich nicht die Einbeziehung in die Beauftragung nehmen wolle. Er kann den Auftrag aber nur bekommen, wenn er gleichzeitig zu den „oberen Stellen“ gehört. Im weiteren Verlauf der Beratungen soll noch festgelegt werden, daß nicht durch Ausführungsbestimmungen der Länder aus den Worten „als solchen“ die frühere geistliche Schulaufsicht auf Umwegen wieder eingeführt wird. Ferner wird betont, daß die Kostenfrage nach dieser Regelung des § 16 für den Staat gleich Null sei, da die Einsichtnahme eine Angelegenheit der Kirche bilde.

Im Gegensatz zu dieser Beurteilung des § 16 sieht man in beteiligten volksparteilichen Kreisen die Aussichten des § 20 (Simultanschulländer) sehr pessimistisch an, nachdem die Parteien bei den Beratungen erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, einem Kompromiß zuzustimmen. Der § 20 wird hauptsächlich in der nächsten Woche zur Beratung stehen. Die einzige Möglichkeit, ihn durchzubringen, wird nach der angegebenen Quelle darin gesehen, daß die Sozialdemokratie entsprechend ihren Kieler Schulbeschlüssen für den volksparteilichen Standpunkt stimmt, der die bisherigen Simultanschulländer ausnehmen will. Ansonsten würde aber in dem Falle die Haltung des Zentrums sein, so daß ebenfalls im Augenblick trotz des Kompromisses über den § 16 die Aussichten des Schulgesetzes noch immer außerordentlich zweifelhaft sind.

Über die Haltung des Zentrums zur Frage des § 20 schreibt die „Germania“ u. a.: „Es ist für das Zentrum ganz untragbar, auf eine Sicherung der Simultanschule unter dauerndem Ausschluß der konfessionellen Schule einzugehen. Wir verhehlen uns gar nicht, daß gerade wegen dieses Punktes die Lage ernst ist und vielleicht zu politischen Verwicklungen führen kann. Wir erwarten deshalb, daß eine befriedigende Klärung vor der zweiten Lesung gefunden wird und auch zu Stande kommt. Unerträglichen Wünschen durch eine unhomogene Mehrheit würde sich das Zentrum nicht ausliefern können. Das gleiche trifft für den § 14 zu, der von den Lehrmitteln für den Religionsunterricht handelt. Das Zentrum will weder einen Druck ausüben noch das Gesetz durch Drohungen erzwingen. Es will nichts anderes, als daß seine klare kulturpolitische Linie nicht abgelenkt und durchbrochen wird. Die Verhandlungen, die dauernd gepflogen werden, beweisen, daß das Zentrum stets zum Entgegenkommen bereit gewesen ist und weiter bereit ist. Aber das kann und darf ihm nicht verweigert werden, daß es an Forderungen festhält, die grundsätzlich sind. Wenn es um Fragen der Weltanschauung geht, muß klare Bahn sein.“

„Deutsche Allg. Ztg.“ und „Tägl. Rundsch.“ teilen nun entgegen ihrer letzten Äußerung mit, daß interfraktionelle Gespräche über den noch strittigen § 20 des Reichsschulgesetzes, der die Behandlung der Simultanschule in Südwestdeutschland regeln soll, einstweilen nicht vorgesehen sind.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger vom 15. Dezember bis zum 31. Dezember 1927 von etwa 709 000 auf 1 037 000, also um 46,3 v. H., während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger nur um 24 v. H. zunahm (von 121 000 auf 151 500). In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 141 000 auf 177 000 oder um 25,4 v. H., die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 30 900 auf 34 400 oder um rund 13 v. H.

### Letzte Nachrichten

#### Deutschland und das Sicherheitsproblem

M. Berlin, 13. Jan. (Priv.-Tel.) Von verschiedenen Seiten werden gegen die Reichsregierung Vorwürfe erhoben, weil sie dem Wunsch des Sicherheitskomitees, Vorschläge zur Sicherheitsfrage einzureichen, bisher nicht nachgegeben sei. Demgegenüber betont man an zuständiger Stelle, daß von den 25 Staaten, an die diese Bitte des Sicherheitsausschusses gerichtet worden ist, bisher nur zwei Staaten geantwortet haben. Selbstverständlich lehnt es Deutschland nicht grundsätzlich ab, Vorschläge in der Sicherheitsfrage dem Ausschuss einzureichen, doch hält man es für zweckmäßiger, zunächst einmal abzuwarten, ob weitere Staaten der Aufforderung des Ausschusses nachkommen werden. Hieron wird die deutsche Regierung jedenfalls ihre Haltung abhängig machen. Als sicher kann dabei angenommen werden, daß naturgemäß deutsche Gegenvorschläge eingereicht werden, wenn von irgendeiner Seite Vorschläge gemacht werden, die dem deutschen Standpunkt strikt entgegenstehen.

#### Die Streitfragen in der Grobeisenindustrie

WZ. Essen, 13. Jan. (Tel.) Der Reichsarbeitsminister Brauns und die Herren des Ministeriums sowie der Schlichter Dr. Joetten sind heute um 9 Uhr mit den Herren des Arbeitgeberverbandes zur Klärung der schwebenden Streitfragen in der Grobeisenindustrie zusammengetreten. Am 11 Uhr begann die gemeinsame Sitzung mit den Arbeitgebern. Man hofft, die Verhandlungen ohne Zwischenpause in den frühen Nachmittagsstunden beenden zu können.

#### Verhandlungen über den Industriefrieden in England

Donnerstag nachmittag trat in London die von dem Großindustriellen Sir Alfred Mond angelegte erste Konferenz zwischen Vertretern der englischen Industrie und Vertretern des Zentralrates der englischen Gewerkschaften zur Herbeiführung des Industriefriedens zusammen. Über das Ergebnis der mehr als dreistündigen Sitzung äußerte sich der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes sehr befriedigt, während der durch seine radikalen Tendenzen bekannte Arbeiterführer Cook die Konferenz als eine Komödie bezeichnete.

Die Londoner Blätter äußern sich optimistisch. Sie heben hervor, daß die anwesenden Unternehmer ein Kapital von einer Milliarde Pfund vertreten, während die beteiligten Gewerkschaften 4 800 000 Arbeiter hinter sich stehen haben. Der Vorsitzende, Sir Alfred Mond, schlug in seiner Eröffnungsrede die gemeinsame Erörterung neuer industrieller Methoden und industrieller Amalgamierung vor, sowie Erörterung des Problems der Arbeiter, die durch neue Erfindungen ausgeschaltet werden, der Pensionen, der Wohnungsverhältnisse, der Arbeitslosenversicherung, der industriellen Erziehung und der Vermeidung von Industriekämpfen. Ein Ausschuss von Unternehmern wurde ernannt, um diese Fragen zu unteruchen, und die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich bereit, einen gleichen Ausschuss zu ernennen.

#### Amerika lehnt Briands Vorschläge ab

In der von Staatssekretär Kellogg nach längerer Besprechung mit Briand verfassten Antwort an Briand auf dessen letzte Vorschläge wird ausgeführt, daß das Staatsdepartement diesen nicht zustimmen könne. 1. Sollte es den gleichzeitigen Abschluß eines solchen Vertrages mit Deutschland, England, Italien und Japan für eine wesentliche Bedingung. Das Staatsdepartement bespreche sich keinen Vorteil davon, wenn zunächst nur Amerika und Frankreich diesen Vertrag unterzeichneten und erst dann den anderen Staaten den Beitritt nahelegen würden, da dieser Weg die Gefahr in sich birgt, daß die anderen Staaten mit dem Wortlaut nicht einverstanden sein könnten. 2. Stelle Briands Beschränkung auf einen Angriffskrieg eine so starke Einengung des ursprünglichen Plans dar, daß dessen Zweck illusorisch werde. Der Inhalt der Antwort — so wird aus Washington berichtet — ist eine weitere Bestätigung für die Politik, daß die Regierung der Vereinigten Staaten und der Senat keinen Sondervertrag mit Frankreich abschließen und ihm keine Sonderstellung vor den anderen europäischen Großmächten, unter die auch Deutschland zähle, einräumen wolle.

#### Coolidges Reise nach Havanna

WZ. Washington, 13. Jan. (Tel.) Am Freitag mittag fährt Präsident Coolidge mit seiner Gattin zum 6. panamerikanischen Kongress in Havanna ab, wo Präsident Machado am Sonntag abend zu seiner Begrüßung ein Festessen veranstaltet. Am Montag wird Präsident Coolidge eine Ansprache an den panamerikanischen Kongress halten, die lediglich die Zusammengehörigkeit der Republik der westlichen Halbkugel betonen wird. Coolidge wird von Staatssekretär Kellogg und dem Marine-Sekretär Wilbur sowie den Delegationsmitgliedern Hughes und Fletcher begleitet.

Donnerstag Senatpräsident. Im französischen Senat ist am Donnerstag Senator Doumer mit 215 von 252 abgegebenen Stimmen zum Senatpräsidenten wiedergewählt worden.

### Wirtschaftliche Umschau

Nachdem Italien am Ende des Jahres seine Währung wieder auf Gold stabilisiert hat, ist Frankreich die einzige Großmacht, die noch eine künstlich stabilisierte Währung in seinen Papierfranken besitzt. Da aber die Bank von Frankreich Deckungsmittel in Gold und Devisen von über einer Milliarde Dollars besitzt, und das französische Budget ausgeglichen erscheint, bestehen kaum technische Schwierigkeiten, auch in Frankreich zum Goldstandard überzugehen, was die Oppositionsparteien schon seit langem fordern. Wahrscheinlich wäre Frankreich auch ohne Auslandskanleihe trotz der noch nicht gelösten Frage der Amerikaschulden dazu in der Lage. Die Hindernisse liegen hauptsächlich auf politischem Gebiet. Poincaré, der vorläufig auf seine Verdienste um die Befundung der Finanzen hinweisen kann, will sich angesichts der Wahlen nicht mit dem Aufwertungs- oder richtiger Abwertungsproblem belassen, das man sehr einfach zu lösen gedenkt, indem man auf jede Frankenaufwertung verzichtet. Ein weiteres Hindernis liegt in der geplanten und notwendigen Steuerreform, deren Durchführung vor der endgültigen Stabilisierung verlangt wird.

Von den größeren europäischen Währungen fehlt auch noch Spanien mit der vollständigen Stabilisierung. Während Frankreich auf einen Bruchteil, etwa ein Fünftel des Goldstandards heruntergekommen ist, ist die spanische Pseta der Goldparität schon wieder bis auf etwa 10 Proz. nahegekommen. Technisch wäre es durchaus möglich, den Kurs so zu heben, daß die Goldpseta völlig wiederhergestellt wäre. Dabei müßte man aber die für das Wirtschaftsleben sehr nachteiligen Wirkungen einer Deflation mit erschwerter Konkurrenz im Ausland und Lohnverkürzungen in Kauf nehmen, so daß man bei der Stabilisierung voraussichtlich davon absteht.

Da auch kleine Mächte wie Portugal und auf dem Balkan Bulgarien, Rumänien und Griechenland in absehbarer Zeit folgen werden, wird in Europa der Zustand endgültig stabilisierter Währung wiederhergestellt, allerdings auf Kosten der Abhängigkeit unseres Erdteils von Amerika, denn fast alle Stabilisierungen werden, wie die deutsche, auf amerikanischen Krediten beruhen. Amerika, dem ja auch Länder wie England und Frankreich gehörig verschuldet sind, ist so tatsächlich der „Geldgeber der Welt“. Außerdem wird sich das Währungsbiß Europas von dem der Vorkriegszeit, wo viele Staaten zum Goldfrankenwert (zirka 80 Pf) übergegangen waren, durch seine Verschiedenartigkeit unterscheiden, die in starkem Gegensatz steht zu der richtigen und guten Theorie von der Wirtschaftseinheit und Wirtschaftverbundenheit unseres Erdteils.

Über den Milchpreis, d. h. den Preis, den der Bauer für seine Milch erhält, hat eine Auseinandersetzung zwischen badischen landwirtschaftlichen Organisationen und den Milchbedarfsvereinen stattgefunden. Die Landwirte erklären, daß die Preispanne zu hoch sei und verlangen einen höheren Erzeugerpreis. Sie haben es, was die großen Städte anlangt, mit städtischen und mit genossenschaftlichen, von der Landwirtschaft selbst gegründeten Milchzentralen zu tun, aber auch mit dem privaten Milchhandel. Der genossenschaftlichen Selbsthilfe bleibt somit noch ein weites Feld. Ein an die Milchzeuger und Milchverbraucher gerichteter Aufruf der landwirtschaftlichen Verbände hat kurz vor Weihnachten gegen die im Verband badischer Milchbedarfsvereine zusammengeschlossenen Städte den Vorwurf erhoben, daß sie eine Erhöhung des Erzeugerpreises ohne genügenden Grund abgelehnt hätten. Auch hat ein der Landwirtschaft nahestehender Reichstagsabgeordneter ausgeführt, daß z. B. Mannheim ab Gitterrampe der Verladestation 18 Pf für den Liter bezahle, während der Verkaufspreis in Mannheim 34 Pf betrage. Das sei eine Vertenerung zwischen Stall und Konsumenten um fast 100 Prozent. Für schweizerische Milch werden dabei 32 Rappen, d. h. 25 Pf für den Liter frei Basel bezahlt. Diese Auslandsmilch habe außerdem noch die Eisenbahnfracht ab Basel zu tragen, verteuere die Geschäftskosten der Milchverjorgungsstellen und drücke indirekt auf den Preis, den die badischen Produzenten erhalten.

Demgegenüber erklärte der Oberbürgermeister von Mannheim, daß die Preise, welche die Produzenten erhalten, im Durchschnitt höher seien, nämlich 20 Pf betragen, und zwar ab Stall oder frei Sammelstelle, wozu

noch der Aufwand für das Sammeln und den Transport an die Bahnstation komme, annähernd 2 1/2 Pf. für den Liter. Der Vorkriegserzeugerpreis betrug durchschnittlich 14 bis 15 Pf., der heutige Verkaufspreis betrage in Mannheim nicht 34, sondern 32 Pf. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis betrage also nicht 100 Prozent, sondern wie in der Vorkriegszeit etwa 60 Prozent. Aus der Schweiz werde Milch nur dann bezogen, wenn die Inlandsmilch für den Bedarf nicht ausreicht. Zu diesem Mittel griffen auch die Volkereigenenschaften. Weiter wird von städtischer Seite erklärt, daß die Erzeugerpreise für Milch im übrigen Teil des Reichs vielfach niedriger seien als in Baden. Die Höhe der Spanne lasse sich deshalb schwer abbauen, weil heute die Milch aus weit größeren Entfernungen als früher bezogen werden müsse, wodurch außer dem höheren Aufwand für die Beförderung auch kostspielige Einrichtungen notwendig wurden. Auch die der Landwirtschaft nahe stehenden genossenschaftlichen Milchzentralen hätten keine geringere Spanne als die städtischen Milchhöfe.

Die Versorgung der großen Städte durch städtische und genossenschaftliche Milchzentralen, in denen die Milch gereinigt und pasteurisiert wird, bietet jedenfalls der Allgemeinheit große Vorteile, weil dadurch die Bevölkerung Milch in gleichmäßiger und hygienisch einwandfreier Beschaffenheit erhält. Dem Landwirt ist natürlich ein angemessener Preis für seine Milch zu gönnen. Man ist seit längerem dabei, stärkeren Milchkonsum zu propagieren. Dadurch können auch die Einrichtungen der Milchzentralen besser ausgenutzt werden. Es bestehen bekanntlich nicht nur städtische, sondern auch landwirtschaftlich-genossenschaftliche Milchzentralen, wie z. B. in der badischen Landeshauptstadt. Auf letztere haben die landwirtschaftlichen Produzenten einen starken Einfluß, während die ersteren ein Produzentenmonopol verhindern.

Ein anderer Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Städten besteht in der Frage der Gemeindegetränksteuer für Wein, gegen deren Wiedereinführung sich übrigens auch das Gastwirtsgerwebe mit dem Hinweis auf die Unförmlichkeit der Buchführung und der Ablieferung der Steuerbeträge scharf ausspricht. Nach Wälderungen will der Deutsche Städtebund eine großangelegte Werbetätigkeit für die Gemeindegetränksteuer überhaupt entfalten und sich dabei auch auf Vereine, Trinkerfürsorgestellen und andere Wohlfahrtsorganisationen stützen. Die seinerzeit erfolgte Aufhebung der Weinsteuer durch den Reichstag habe, so wird von städtischer Seite erklärt, den Winzern nichts geholfen. Ein Verzicht auf die Besteuerung des Weinkonsums sei auf die Dauer nicht möglich, und nur produktive Maßnahmen, die den deutschen Weinbau rentabel machen, könnten den Winzern helfen. Wenn dabei auch auf die Traubenverwertung zur Herstellung unvergorener, haltbarer, alkoholfreier Moste hingewiesen wird, so ist dabei allerdings nicht zu vergessen, daß die deutschen Trauben meist nur mit starker Zuderung dazu verwendbar sein werden und so ein Kunstgetränk entstehen wird, dessen Abgabefähigkeit im großen und zu Preisen, die den Winzern nützen, noch fraglich erscheinen muß. Auch die Frage bleibt, ob man von Gemeindefeite aus auch diesen alkoholfreien Wein besteuern will. In anderen Fällen hätten aber die Gemeinden davon höchstens indirekte und vorerst noch problematisch erscheinende Vorteile, vielleicht durch Einsparung an Fürsorgekosten.

Ein russisches Todesurteil gegen den Papst? Das römische Blatt „Impero“ meldet, daß die Räterregierung ein Todesurteil in contumaciam gegen den Papst wegen Aufreizung zum Aufruhr und geldlicher Unterstützung der antipolitischen Bewegung erlassen habe. Es sei als eingeschriebener, an Pius XII. selbst gerichteter Brief im Vatikan eingetroffen. Das Todesurteil sei von dem orthodoxen Synod und den Häuptern der Räterregierung unterzeichnet. Der Papst habe das Dokument sämtlichen Kardinälen vorgelegt und dann im vatikanischen Archiv als Kuriosum niederlegen lassen.

### „Tinte und Schminke“

Sehr verehrte, liebe gnädige Frau!

Gerne glaube ich, daß Sie das aufreizende Stichwort „Tinte und Schminke“ in Ihrem wohl lieblichen, aber von künstlerischer Beranstellung betrüblich freien Landwinkel mit bunten Wünschen erfüllt hat. Selbstverständlich entspreche ich Ihrer Bitte um nähere Mitteilung. Nachdrücklich will ich bemerken, daß Sie am besten tun, sofort die Karten für Ihre verehrte Familie zu bestellen, denn der Käufer, der um das Fest aus der Welt der Presse und des Theaters weht, ist schon in heller Wirksamkeit, und selbst Ihr ergebenster Diener vermöchte Ihnen nach Erreichung der Kartengrenze keinen Eintritt mehr zu verschaffen. Noch weniger ist es bei dem Ausmaß dieses großen Festes und Bühnenfestes angängig, wie ehedem üblich, nicht least liebenswürdigem Fernruf sich in zwölfter Stunde um Zutritt zu bemühen. Die Leitung hat sich auf ein unverbrüchliches Kartenhöchstmäß festlegen müssen, weil sie jedes Gedränge vermeiden will, um wirklich ein gemütlich sich entfaltendes Verweilen zu gewährleisten. Gewiß, die Festhalle mit sämtlichen Nebenräumen ist groß, groß aber auch der Wunsch aller Kreise, bei dem Fest jener Leute dabei zu sein, die man sonst nur aus der Druckerwerkstätte und von den Brettern herab per distance kennt. Also, bitte schreiben Sie noch heute an Chefredakteur Amend in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 14, Ihre Kartenvünsche.

Daß Sie sich, liebe, gnädige Frau beachten Sie, daß ich schon in der Vorfreude das „verehrte“ weglassen und damit die sicher zu erwartende Stimmung des Abends andeuten will, daß Sie sich, liebe Frau Jennh, glänzend unterhalten werden, darüber besteht kein Zweifel. Hören Sie nur schnell den Programmumriß des Wohlwolligkeitsfestes des Vereins Karlsruher Presse und der Karlsruher Bühnengenossenschaft. Wenn Sie etwa wegen des Kostüms in Unsicherheit sind, so variieren Sie den Titel „Tinte und Schminke“ in Feder und Rasie und weitere Anregungen springen Ihnen von selbst zu. Was gefällt, ist schön, sagt irgendwo der Büchmann, man kann den

### Der Reichstag vor dem Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erhob bei der Weiterberatung des Justizetats am Donnerstag, Abg. Dr. Kahl (D. Bpt.) die dringende Warnung, nicht alle gesetzgebend wünschenswerten Aufgaben mit drängender Eile auf einmal im Reichstag in Angriff nehmen zu wollen. Vor lauter Hast blieben die alten Vorlagen liegen. Der „Abgang der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich“ sei eine Frage, die nicht isoliert gelöst werden könne. Die Ermünger-Verordnung habe sich besser bewährt, als auch erwartet habe. Wenn noch heute von einer ausgesprochenen Massenjustiz gesprochen werde, so sei das eine objektive Unwahrheit.

Abg. Dr. Haas (Dem.) führt aus, wie die bayerische Justiz, messe auch das Reichsgericht mit zweierlei Maß, das zeige die Freisprechung von Clah und das scharfe Verhalten gegen Kommunisten. Seine Fraktion beantrage einen Gesetzentwurf betreffend Freizügigkeit der Rechtsanwälte.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hält für unbedingt notwendig und dringend die Entwürfe über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder und über die Freizügigkeit der Anwälte. Er wünsche die Wiederherstellung der Geschworenengerichte.

Justizminister Fertg: Der Abg. Dr. Haas hat gegen das Reichsgericht den Vorwurf erhoben, daß es mit zweierlei Maß messe. Was werden uns gegen eine Generalisierung solcher Einzelfälle. Was die Freizügigkeit der Rechtsanwälte anlangt, so sei er ihr durchaus zu, aber die Länder und die Anwälte selbst seien überdies gegenteiliger Auffassung.

Vaher, Staatsrat v. Röhlein wendet sich energisch gegen Abg. Sängler, Massenjustiz herrsche nicht in Bayern.

Reim Kapitel „Reichsgericht“ bringt Abg. Dr. Lewy (Soz.) erneut die Frage der Hochverratsprozesse zur Sprache, in denen das Reichsgericht nicht unparteiisch gehandelt habe. Zum Beispiel sei zwar Lindenborff usw. angeklagt worden, aber nicht Kossow, v. Nahr usw. — Der Rest des Justizetats wird genehmigt.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.

Die Beratung leitete Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ein: Die gute Konjunktur des Berichtsjahres erleichterte wesentliche soziale Fortschritte. Die neuen Tarifabschlüsse brachten uns auch Erhöhungen der Tariflöhne die im allgemeinen sowohl die Weiterhöhungen wie die Kostensteigerung der Lebenshaltung deckten und vielfach darüber hinausgingen. Die Schlichtungsinstanzen sind in erhöhtem Maße in Anspruch genommen worden. Die Innehaltung der Arbeitsverträge wird mehr als früher gewährleistet durch die allgemeine Einführung der Arbeitsgerichte. Der Minister warnte vor jeder einseitigen Verwendung des Schlagwortes von der sozialen Befreiung. In der Wohnungsbau weit beachtenswerte Fortschritte gegenüber den Vorjahren auf. Im Laufe des Jahres traten allerdings neue Schwierigkeiten in der Beschaffung des nötigen Baukapitals ein, die einer Behebung bedürften, zum Teil auch mittels ausländischen Kapitals. Die Reichsregierung hält den Zeitpunkt für eine Steigerung der gesetzlichen Miete in absehbarer Zeit nicht für gegeben. Der mit der Vermittlung der Kredite für die Siedlung betraute Ausschuß bei der Rentenbankkreditanstalt vermittelte die nötigen Gelder zur Besiedlung von 72 000 Hektar Land. Die für die Klein- und Sozialrentner angeführten Maßnahmen seien zum Teil durchgeführt, zum Teil vorbereitet. — Die Lage der Kriegsbefähigten ist durch die letzte Rabelle zum Reichsversorgungsgesetz wesentlich verbessert worden. Die Verbesserung wirkt sich finanziell in einem Aufwand von mehr als 200 Millionen Reichsmark aus.

Berichterstatter Abg. Döhl (Soz.) ergänzte die Darlegungen des Ministers. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sei noch viel zu tun. Die Kleinrentnerfrage beantrage er vorläufig zurückzustellen, bis das Kabinett dazu Stellung genommen habe.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm nach der Weihnachtspause am Donnerstag seine Beratungen beim siebenten Abschnitt des besonderen Teils des Entwurfs wieder auf: „Verletzung der Amtspflicht, Amtsanmaßung und Amtserkleidung“.

Ein Verleumdungsprozeß des preussischen Ministerpräsidenten. In Berlin fand ein Prozeß des Ministerpräsidenten Braun gegen den Schriftleiter des „Tag“, Flemming, wegen öffentlicher Verleumdung statt. Der Angeklagte hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, Ministerpräsident Braun verfolge nicht die Interessen Preußens, sondern lediglich die eines beschränkten Parteiführers. Der Staatsanwalt beantragte 1000 M. Geldstrafe, sowie Publikationsbefugnis. Das Urteil lautet wegen fortgesetzter öffentlicher Verleumdung auf 800 M. Geldstrafe. Ferner wurde die Publikationsbefugnis des Urteils im „Tag“, „Vorwärts“ und „Berliner Tageblatt“ dem Ministerpräsidenten zuerkannt.

Spruch erwidern: wenn das Kostüm sich der Leitidee des Festes einordnet, ist es schon als Programmbeutung schon. Im übrigen, eine Frau weiß besser als das Festprogramm, was sie zu tun hat, um zu gefallen. Doch endlich einen kurzen Blick hinter den Vorhang. Der feste und, wie Sie aus seinen Theaterausstattungen des begonnenen Spieljahres wissen, sehr selbständige Maler des Landestheaters wird seinen expressionistischen Gedankenüberschuß der Umwandlung der Festhalle der Hauptstadt widmen. Mit einer ganzen Leibwache und Farnefabrik, sowie einem kleinen Armeekorps Künstlern wird er mit seinen Entwürfen sämtliche Räume so ausgestalten, daß Sie das oft bellagte Vuntunfwerk glücklicherweise nicht mehr erkennen, nicht den großen, nicht den gelben, nicht den roten, nicht den „kleinen“ Saal, auch nicht den Viertel. In orgastisch farbenreudig tobender Phantastik wird sich der Hauptraum zeigen. Ein Zimmer wird sich Ihnen zunächst angenehm wie bei der Lektüre eines Detektivromans grüneln präsentieren, denn Sie sind in die recht üble Gesellschaft eines Doullontellers von Berlin O geraten. Er heißt vielfach „Der Vippentist“, und nur die Tatsache, daß Sie Brand, Schulz-Weiden und die feste Melly erkennen, überwindet die durchaus begreifliche anfängliche Furcht vor dem Inferno. Behaglicher und kleinstbürgerlicher gibt sich die Laubentolome, wo im „Müllisch“ des eben 70 Jahre alt gewordenen Meisters Jille eine Hochzeit gefeiert wird. Wenn wir die Masken der Laubenunternehmer recht entziffern können, so sind es die Schauspieler Müller und Schulz, die hier keine stehenden Typen aus dem Kladderadatsch sein sollen, sie heißen wirklich so und wirken entsprechend. Aber die Jazzkapelle im Kleinen Saal, über das Türkische Kaffeegeld schreibe ich Ihnen später Näheres. Heute sei nur noch erwähnt, daß Tintenschiff im Aquarium“ wahr machen wird, den ebenso großen wie höflichen Wirt spielen wird. Damen und Herren der Oper und des Schauspielers, des Orchester sowie des Balletts stellen sich ausnahmslos in den Dienst der Hilfsbereitschaft. Anders wäre es auch nicht möglich, das große Einführungs-

### Politische Neuigkeiten

#### Zur Frage „Reich und Länder“

Der Württembergische Landtag befaßte sich ausführlich mit der Frage der Verwaltungsreform und der Neugliederung des Reiches. Nach einer Rede des früheren Finanzministers Dr. Schall, der für einen dezentralisierten Einheitsstaat sprach, nahm Staatspräsident Dr. Bazille ebenfalls Stellung zur Frage des Einheitsstaates. Er betonte, daß, wenn man in Berlin den deutschen Einheitsstaat durch Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages und des Reichsrates errichten wolle, was er stark befürchte, so sei das der beginnende Verfall des Reiches. Was die Verwaltungsreform in Württemberg angehe, so sei nichts falscher als die Behauptung, es habe der jetzigen Regierung am Mut gefehlt, diese Reform durchzuführen. In Württemberg sei in den letzten Jahren außerordentlich viel auf diesem Gebiet geschehen.

Nach Wälderungen aus München hat der Vorsitzende des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Reichsanzler a. D. Dr. Luther, während seines Münchener Aufenthaltes auch eine Unterredung mit Geheimrat Dr. Heim gehabt. Dr. Heim soll sich im Gegensatz zu dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held der Neugründung gegenüber nicht ablehnend verhalten haben. Die „Köln. Ztg.“ sagt, daß die Unterstützung des Bundes durch den Bauernführer gesichert sei und zwar deshalb, weil Heim darin ein Zugeständnis dafür sieht, daß die Weimarer Verfassung allgemein als verbesserungsbedürftig betrachtet werde. Nach der „Deutschen Allg. Zeitung“ habe Dr. Heim in der Lutherschen Gründung eine Art Sammelruf erblickt, den die Bayerische Volkspartei nicht überhören dürfe. Er fordere deshalb die Partei zur Mitarbeit auf. Der frühere bayerische Innenminister Dr. Schwegler ist in den Arbeitsausschuß des Bundes eingetreten.

#### Der „Deutsche“ gegen Dr. Marx

Das christliche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ läßt sich ausführlich auf das Schreiben des Reichsanzlers Dr. Marx an den geschäftsführenden Ausschuss des katholischen Lehrerverbandes ein und wendet sich sehr scharf gegen die Auserkung Dr. Marx über die Haltung Stegerwalds in der Beamtenbesoldungsfrage. Wenn der Reichsanzler so heißt es in dem Blatt, ins Land ginge, so werde er feststellen können, daß nicht nur die Anschauungen der Gewerkschaftssekretäre und Stegerwalds von der breiten Masse geteilt werden, sondern daß auch die Wirtschaft und selbst weitestgehende Beamte ebenso „unfähig“ über die sachliche Politik der Reichstabelle denken.

#### Schiebungen und kein Ende

Durch Beamte der Fahndungsstelle des Hauptzollamtes in Frankfurt a. M. wurden in Koblenz mehrere Verhaftungen von Spritdiebentum vorgenommen. Es soll sich um einen weitverzweigten Schmuggel handeln, der sich über das ganze Rheinland erstreckt. Wie die „Köln. Ztg.“ erzählt, steht im Mittelpunkt der Schiebungen der im Zusammenhang mit der Affäre Schwarz vielgenannte Kaufmann Adolf Bauer, Köln. Bauer hatte in Köln-Merheim einen Betrieb größten Umfangs eingerichtet, in dem er verbotswidrig den in dem Automobilbetriebsstoff Monopolin enthaltenen Alkohol auf chemischem Wege zurückgewann. Der Gesamtumfang dieser Spritdiebungen ist, wie das Blatt weiter berichtet, zur Zeit noch nicht festgestellt. Zweifellos aber handelt es sich um bedeutende Mengen. Das Reich sei durch diese neue Spritschiebung um über 1/2 Million geschädigt.

Zu der Betrugsangelegenheit im Leunauer wird jetzt vom Leunauer erklärt, daß Oberbaurat Schönberger, der nicht Direktor, sondern Prokurist war, vor einigen Wochen seine Stellung gekündigt hat und fortgehe. Richtig sei ferner, daß der Untersuchungsrichter jetzt die Voruntersuchung auch auf ihn ausgedehnt hat. Richtig falsch sei, daß gegen den Justiziar des Ammonialwerkes, Dr. Voller auch nur das geringste vorliege und auch gegen ihn eine Untersuchung im Gange sei. Dr. Voller habe mit den Rechnungsprüfungen überhaupt nichts zu tun. Auch sonst sei die Angelegenheit übertrieben dargestellt und die Millionenziffern stimmen nicht.

W.W. Paris, 13. Jan. (Tel.). Wie das „Echo de Paris“ berichtet, sind gestern in Paris zwei weitere Hausdurchsuchungen in der Sachlieferungsaftäre erfolgt. Es handelt sich um einen gewissen Daul und den Vorsitzenden der Betriebsräte-Kammer, Benedict. Nach dem „Matin“ sind wegen Betrugsereien bei Kopfenlieferungen im Elsaß eine ganze Reihe von Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Es soll sich um 8000 Doppelzentner Kopfen handeln, dessen Qualität außerordentlich gering gewesen sei und der höchsten einen Kaufwert von 25 Reichsmark pro Doppelzentner gehabt habe, während der Kopfen bis zu 600 Reichsmark bei einer Proportion von 640 Franken pro Doppelzentner fakturiert gewesen sei.

spiel so großartig aufzuführen wie vorgesehen. Unter Zugrundelegung einiger Szenen aus dem Ihnen wohlbelannten „Opernball“ von Heuberger hat Oberregisseur Krauß eine aktuelle Revue geschaffen, die Humoristika aller Art und bedäunende Überraschungen bringt, und die in einer originellen Idee, die Oberregisseur Raumbach nach Motiven eines Märglieds der Karlsruher Presse zum Leben bringt, in einen rauschenden Rundgang mündet. Damit wird der ganze Saal sofort zum Mitspiel gezwungen und die frohe Gemeinschaftsstimmung herbeigeführt. Für „Diversifemont“ aller Art, um einen Ausbruch der Birkusreklame zu gebrauchen, ist bestens gesorgt. Krainert doch schon Tag und Nacht der schöne Waldemar mit dem grimmigen Herrmann für einen Vorkampf, gegen den die Meisterwerkzeuge der profanen Welt nur Andeutungen dieses erhabenen Sports zu geben vermögen. Eine geniale Zeilupe wird dem Unerfahrensten die Geheimnisse dieses neuen Weges zur Kraft und Schönheit mühelos lösen. Doch sei nun heute nichts weiter verraten. Nur ist bei unseren heutigen pomeren Verhältnissen — die Powertee kommt von der Armut, sagt Fritz Reuter — die Erwähnung nicht unangebracht, daß mit dem Eintrittspreis alle Kosten erledigt sind; man hat in den mühsamen Sitzungen der letzten Wochen sich darauf geeinigt, daß nicht im geringsten der Mammonsbogen überspannt werden darf. Da man für ein Los zu 50 Pf. was hübsches gewinnen kann, darf das daher nicht zu Zwangsausgaben gerechnet werden. Was die Verteilung anbetrifft, so hat eine lumbige Kommission auch in diesem Betradt für eine urbane Abwicklung gesorgt. Das zu erwähnen, ist heutzutage wichtig. Ich weiß, daß ein Bescheid darüber auch Ihnen nicht beleidigend erscheint.

Wie gesagt, ich schreibe Ihnen, gnädige Frau, nochmals. Jetzt aber nehmen Sie bitte eine Karte oder einen Briefbogen aus Ihrer Ledermappe, die Sie mir als Bittschreiben am letzten Pressball abgeliefert haben, und beschriften die Karten nebst einem schönen Gruß an Ihren Gatten.

Der Christle.

### Eine Kommunisten-Debatte in der französischen Kammer

In der französischen Kammer, die sich am Donnerstag mit der Frage der Verhaftung der verurteilten kommunistischen Abgeordneten befaßte, wurde zunächst ein Schreiben des Justizministers verlesen, in dem die Mitteilung gemacht wird, daß die Regierung die Abgeordneten Cachin, Doriot, Marty, Ducloux und Vaillant-Couturier zur Verbüßung einer gegen sie verhängten Strafe verhaften werde. Diesen Brief kommentierte der Präsident selbst, indem er darauf hinwies, daß das Kammerpräsidium in dieser Frage eine andere Meinung habe als die Regierung. Eine Resolution der Sozialisten sprach sich gegen die Verhaftung aus. Der Antrag, gegen den die Regierung die Vertrauensfrage stellte, wurde jedoch mit 310 gegen 227 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Uhr, in dem erklärt wird, die Kammer möge beschließen, daß die fünf kommunistischen Abgeordneten während der Dauer der Parlamentarischsion nicht festgenommen werden dürfen.

Die beiden kommunistischen Abgeordneten Cachin und Vaillant-Couturier, die von den fünf gefangenen Kommunisten allein der Kammer Sitzung beiwohnten, sind nach Beendigung der Sitzung beim Verlassen des Kammergebäudes verhaftet worden.

Paris, 13. Jan. (Tel.) Die Zahl der Abgeordneten, die bei der ersten Vertrauensabstimmung gegen die Regierung gestimmt haben, und die gestern mit 227 angegeben wurde, ist heute im „Journal Officiel“ mit 167 angegeben worden. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß Unterrichtsminister Cerrot mit der Haltung seiner Partei unzufrieden gewesen sein soll und daß infolgedessen nach Auseinandersetzungen die Radikalen ihre Abstimmung zurückgezogen haben. Unter diesen Umständen fehlt Cerrot keinen Grund mehr, seine Demission, von der einen Augenblick gesprochen wurde, ins Auge zu fassen.

### Badischer Teil Kultusminister a. D. Dr. Hübsch

Der seit der Staatsumwälzung in Karlsruhe im Ruhestand lebende frühere badische Kultusminister Dr. h. c. Wilhelm Hübsch ist im nahezu vollendeten 80. Lebensjahre am Donnerstag gestorben. Im Juli 1916 ernannte der damalige Großherzog Friedrich II. als Nachfolger des wenige Wochen vorher verstorbenen Ministers Dr. Böhm Dr. Wilhelm Hübsch zum Minister des Kultus und Unterrichts. Dieses Amt übernahm er im 67. Lebensjahre und führte es bis zum Ausbruch der Revolution.

Aus dem äußeren Lebenslauf des Verstorbenen ist zu erahnen, daß er im Jahre 1848 in Wertheim geboren ist und nach Ablegung seiner beiden juristischen Prüfungen als Sekretär in dem früheren Handelsministerium seine erste Anstellung fand. 1878 folgte seine Berufung als Kollegialmitglied in die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus und 1883 die Ernennung zum Staatsanwalt am Landgericht in Karlsruhe. 1898 wurde er als Ministerialrat in das damalige Ministerium der Justiz des Kultus und Unterrichts berufen, indem er 1901 in die Stelle eines Ministerialdirektors aufrückte und durch Verleihung des Ranges als Geh. Rat II. Klasse sowie im Jahre 1910 durch Ernennung zum Staatsrat ausgezeichnet wurde. Als Mitglied der damaligen National-liberalen Partei gehörte er der Ersten Kammer seit 1907 bis zu seiner Berufung zum Kultusminister an. Seine organisatorische Tätigkeit auf dem Gebiete der Justizverwaltung wurde von der Universität Heidelberg im Jahre 1903 durch Verleihung der Würde eines Dr. juris anerkannt. Er war ein Mann von tiefer, gründlicher Allgemeinbildung, im Besitze reicher Lebenserfahrungen und gründlicher Schulung auf den verschiedensten Gebieten der staatlichen Verwaltung und daneben ein gewandter Parlamentarier. Mit der Staatsumwälzung im Jahre 1918 hatte der Verstorbene mit den übrigen Ministern des damaligen Kabinetts der neugebildeten Volksregierung den Platz geräumt und trat in den Ruhestand. Seine letzten Jahre verlebte er in größter Zurückgezogenheit in Karlsruhe.

### Dr. Führ zum Einheitsstaat

Landtagsabgeordneter Dr. Führ, der Vizepräsident des katholischen Volksvereins, sprach auf einer in Gschwend i. B. stattgefundenen Volksvereinsversammlung — wie aus Lörach berichtet wird — auch über die Frage des deutschen Einheitsstaates. Er erklärte, das Verhältnis zwischen Süddeutschland und dem Reich sei in Ordnung; die größten Schwierigkeiten bereite Preußen. Preußen vertritt heute, wie einst die Hohenzollern, eine Machtpolitik, es kämpfe sogar für einen großen Einheitsstaat, der einem Großpreußen gleichkäme. Dadurch wäre eine Vereinigung mit den Deutschen in Österreich ausgeschlossen. Österreich werde niemals zu Deutschland kommen, wenn Deutschland ein Preußenreich habe. Der Schwarzwald würde, da man bei einem Einheitsstaat wohl wenig Interesse mehr an ihm habe, verarmen. Wir fordern, so erklärte der Zentrumsabgeordnete, eine ähnliche Staatsteilung des Reiches wie die Schweiz, wo wir Rechte bekommen an der Verwaltung und Gesetzgebung.

### Aus der Landeshauptstadt

Reichsgründungsfeier. Die Technische Hochschule Friedericiana hält am Mittwoch, den 18. Januar, vorm. 11 Uhr, in der Aula eine Reichsgründungsfeier ab. Prof. Gustav Bachmann spricht über „Bodenkultur und Kulturtechnik seit der Reichsgründung“. 40jähriges Jubiläum. Ministerialoberrechnungsrat Chr. Holzer konnte gestern auf eine 40jährige ununterbrochene Tätigkeit beim Staatsdienst zurückblicken.

Die erste Tagung des Schwurgerichts in diesem Jahre beginnt Montag, den 18. Januar, vormittags 9 Uhr. Presse- und Bühnenfest „Zinte und Schminke“. Zahlreichen Anfragen zufolge teilt die Festleitung mit, daß die bestellten Eintrittskarten von Montag, den 16. Januar ab im Zentralbüro des Festes Karl-Friedrichstraße 14 (Redaktion der „Karlsruher Zeitung“) an jedem Nachmittags zwischen 4 und 7 Uhr abgeholt werden können.

Badisches Landestheater. Samstag, den 14. Januar, geht nach dreijähriger Pause neu einstudiert Verdis Oper „La Traviata“ wieder in Szene. Die musikalische Leitung hat Josef Krips. Das Werk wurde von Dr. Hermann Bucherpfennig in Szene gesetzt. Die Bühnenbilder von Lorsten Secht und die Kostüme von Margarete Schellenberg wurden nach deren Angaben in den Werkstätten des Landestheaters hergestellt. Die technischen Einrichtungen besorgte Rudolf Walut.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des alpinen Hochdruckgebietes ist vorübergehend in den meisten Landesteilen trockenes Wetter eingetreten; nur im Gebirge kam es zu ganz leichten Schneee- oder Regenfällen. Aber Nacht hat sich das schottische Tiefdruckgebiet unter Verstärkung nach der nördlichen Nordsee verlagert und sein Wirkungsgebiet südwärts erweitert. Über den britischen Inseln, Frankreich und Norddeutschland gehen Regenfälle bei vielfach starken Südwestwinden nieder. Auch in Süddeutschland ist mit dem baldigen Eintritt von Niederschlägen zu rechnen. Wetterausblick für Samstag, 14. Januar: Regenfälle bei aufsteigenden Südwestwinden, milder.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Freiburg i. Br., 12. Jan. Hier fand nach langem schweren Leiden im 76. Lebensjahre Wirklicher Geheimrat Oberregierungsrat, Regierungspräsident a. D., Franz Graf von Brühl.

DJ. Heidelberg, 12. Jan. Die Universität veranstaltet am Mittwoch, den 18. Januar, eine Reichsgründungsfeier, bei der Geh. Hofrat Dr. Thoma die Festrede halten wird.

Karlsruhe, 12. Jan. In diesem Jahre feiert die Tabakfabrik Reiff & Cie. vorm. Hugo Gebüder in Basel, die 1778 gegründet wurde und fast 70 Jahre hier ihren Sitz hatte, ihr 150jähriges Jubiläum.

DJ. Überlingen, 12. Jan. Mit den Unterschlagungen in der Verwaltung der Ortskrankenkasse beschäftigte sich eine Besprechung des Ausschusses. Es sind 20.500 RM unterschlagen worden. Nach der Revision ist festgestellt worden, daß sich der Kassierer in 80 Fällen zu seinen Gunsten, in 82 zu seinen Ungunsten verrechnet hat. Ein im Laufe der Besprechung gegen den Geschäftsführer eingebrachtes Mißtrauensvotum fand keine Beachtung.

### Verschiedenes

Ein deutsches Flugzeug in Straßburg notgelandet. Wie Gavas aus Straßburg berichtet, ist ein deutsches Verkehrsflugzeug der Linie Frankfurt-Basel, das sich im Nebel verirrt hatte, am Donnerstag gegen drei Uhr nachmittags auf dem Militärflugplatz Straßburg-Neudorf gelandet. Nachdem der Pilot, der allein an Bord war, die geforderten Formalitäten erledigt hatte, konnte er seinen Flug nach Basel fortsetzen.

### Böttcher hingerichtet

Berlin, 13. Jan. (Tel.) Das Todesurteil gegen Böttcher, den Mörder der Gräfin Lambsdorf und der neun-jährigen Senta Edert ist, nachdem das preussische Staatsministerium beschlossen hatte, von dem ihm zustehenden Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen heute Morgen um 7.40 Uhr im Hofe des Strafgefängnisses Plötzensee vollstreckt worden. Zwei Anträge des Verteidigers des Böttcher um Wiederaufnahme des Verfahrens und Aussetzung der Strafvollstreckung, die gestern beim Gericht eingingen, sind durch Gerichtsbeschluss abgelehnt worden. Die von den Verteidigern dagegen eingelegte Beschwerde ist in den frühen Morgenstunden von dem Beschwerdefenat des Kammergerichts zurückgewiesen worden.

### Einrichtung einer Frau in New York

New York, 13. Jan. (Tel.) Im Sing-Sing-Gefängnis ist gestern Abend 11 Uhr Frau Ruth Snyder wegen der Ermordung ihres Mannes hingerichtet worden. Nach ihr wurde ihr Komplize, Gray, hingerichtet. Der Morddrock hat in der amerikanischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Seit der Einführung des elektrischen Stuhles im Staate New York sind gegenüber 270 Männern nur zwei Frauen hingerichtet worden. Seit einem Vierteljahrhundert wurden wegen Mordes verurteilte Frauen stets begnadigt. Die Brutalität und Berechnung dieses Gattenmordes, der nach Lebensversicherungsablässen von annähernd 100.000 Dollars begangen wurde, ließ jedoch wenig Sympathien aufkommen. Die Sensationspresse nahm die Gelegenheit zum Anlaß, um die bevorstehende Einrichtung einer Frau in allen Einzelheiten auszumalen, wobei auch die Veröffentlichung verzweifelter Selbstbetrachtungen der verurteilten Frau Snyder eine Rolle spielten, die aus Sing-Sing herausgeschmuggelt sein sollen. Die ersten Blätter nahmen hiergegen energig Stellung.

### Überschwemmungskatastrophe in Brasilien

Rio de Janeiro, 13. Jan. (Tel.) Hier eingelaufenen Nachrichten zufolge ist die Stadt Diamantina im Staate Minas Geraes durch eine Überschwemmung des Belmonte-Flusses zerstört worden. Durch das Hochwasser sollen über 1000 Häuser vernichtet worden sein. Die Zahl der dadurch obdachlos gewordenen Personen wird auf 5000 geschätzt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	13. Jan.		12. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.11	169.45	169.06	169.40
Kopenhagen 100 Kr.	112.38	112.60	112.41	112.63
Italien . . . 100 L.	22.196	22.235	22.205	22.245
London . . . 1 Pf.	20.45	20.49	20.456	20.496
Newyork . . . 1 D.	4.192	4.200	4.1955	4.2035
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.525	16.493	16.535
Schweiz . . . 100 Fr.	80.80	80.96	80.845	81.005
Wien 100 Schilling	59.07	59.19	59.20	59.32
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.445	12.435	12.455

Preiserhöhungen des Stahlwerksverbandes. Der Stahlwerksverband hat folgende Erhöhungen beschlossen: Für Formeisen und Stabeisen 8 M je Tonne, ferner wurde der Aufpreis für Lieferung in Siemensmartingüte für A-Produkte und Stabeisen auf je 8 M je Tonne festgesetzt. Die Preispausen für Verkauf mit Frachtgrundlage Oberhausen und Neunkirchen von 6 auf 4 M je Tonne herabgesetzt, letzteres, um insbesondere für Süddeutschland ungefähre das Preisverhältnis herzustellen, wie es in der Vorkriegszeit bestand. Der Grundpreis für Thomasgüte beträgt für Formeisen auf Frachtgrundlage Oberhausen 134 M, Frachtgrundlage Neunkirchen 133 M. In welchem Ausmaß eine Preiserhöhung für die sonstigen Walzwerke Platz greifen muß, wird noch geprüft.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Der liebe Gott hat in seinem unerforschlichen Ratschluß meinen innigstgeliebten Gatten, unseren teuren Schwager

Herrn Dr. jur. h. c.

**Wilhelm Hübsch**

Minister des Kultus und Unterrichts a. D.

im nahezu vollendeten achtzigsten Lebensjahr wohl vorbereitet durch würdigen Empfang der hl. Sterbesakramente zu sich gerufen.

Um stille Teilnahme bittet

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Anna Hübsch, geb. Kallhardt.

Die Beisetzung findet dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend in Wertheim statt. Die Überführung erfolgt von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes aus, wo am Samstag vormittags 12 Uhr die kirchliche Einsegnung stattfindet. Von Blumen- und Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.

### Bienen-Honig

gar. naturr. (amtlich untersucht), allerfeinste helle Auslese, liefert als anerkannt gut und reell in Eimern zu 5 und 10 Pfd. 7,30 und 13 RM. frko. Nachnahme. Postscheckkonto Nr. 19652 Stuttgart.

### Gottlieb Schneider Schopfloch

(würtbg. Schwarzw.)



### Badisches Landestheater

Samstag, 14. Januar 1928

\*B 14 Th. Gem. 1. S.-Gr.

Neu einstudiert

La Traviata

von Verdi

Musikal. Leitung: Jos. Krips

In Szene gesetzt von

Dr. Herm. Bucherpfennig

Violetta von Ernst

Flora Siederlich

Annina Burgeff

Alfred Rentwig

Georg Weyrauch

Carlson Lauffötter

Douphol Böfer

Marquis Gröhinger

Orrenvil Vogel

Josef Rahnbach

Diener Blachzinsky  
Kommissionär Kilian  
Tanz einstudiert von  
Edith Viefel  
Anfang 20 Uhr  
Ende gegen halb 23 Uhr  
I. Rang u. I. Sperrst. 7 RM  
So. 15. Jan. nachmittags:  
Der Fieschi. Abends:  
Cavalleria rusticana. Hierauf:  
Der Bajazzo. Im Konzert:  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Mo. 16. Jan.: Der Glöck-  
pfl. In der Festhalle:  
4. Volks-Sinfonie-Konzert.

**COLOSSEUM**  
Waldstraße 16  
Telephon 5599

Täglich ab 8 Uhr  
Sonn- und feiertags 4 u. 8 Uhr

**REVUE**  
Wien  
und die  
Wiener

-Institut  
u. Privat-  
Detektiv  
Rusunkiel  
"Argus" Mannheim  
O 6, 6  
Planen  
Schulstraße 33505  
A. Maier & Co., G.m.b.H.

**14. Rathausaal 14.**  
 Januar (Samstag) 8 Uhr  
 Vortrag mit praktischen  
 Übungen

**Die tägliche Gymnastik**

Worauf kommt es bei der  
 Gymnastik an?  
**A. Glucker**  
 Praktische Übungen für Büromenschen, Die Frau  
 im Beruf, Leistungssteigerung für Leibesübung-  
 treibende, Geistesarbeiter, Jugend. 55

Karten zu 2, 1,50 und 1 RM bei  
**Kurt Neufeldt**  
 Waldstr. 30, Tel. 2577

Stadtgemeinde Rheinfelden (Baden).  
 Die Stelle eines §. 62  
**Berufsbürgermeisters**

für die Stadtgemeinde Rheinfelden (Baden) ist neu zu  
 besetzen. Geeignete Bewerber wollen ihre Bewerbungen  
 unter Anschluß von Lebenslauf sowie Zeugnissen und  
 Angabe der Gehaltsansprüche bis 30. Januar 1928 an  
 den Gemeinderat einreichen.  
 Rheinfelden (Baden), den 11. Januar 1928.  
**Der Gemeinderat.**

**Badische Lichtspiele**  
**KONZERTHAUS**

Samstag, den 14. bis Donnerstag, den 19. Januar, 20,15 Uhr  
 Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr  
 Sonntag, 15. Januar, nur 16 Uhr

**Stolzenfels am Rhein**

Aus Deutschlands schwerer Zeit  
 1812/1813

Musikbegleitung: Polizeikapelle

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.  
 Preise und Ermäßigungen wie üblich. §. 61

**Nehmt Musikunterricht**  
 bei der Musiklehrerschaft des  
 Deutschen Musikerverbandes  
 Lehreradressen erhältlich in den  
 Musikalienhandlungen 961

**Grundstücksumlegung im sogen.  
 Seidenfeld auf Gemarkung  
 Karlsruhe.**

Der Minister des Innern hat mit Erlaß vom 9. Ja-  
 nuar 1928 Nr. 142 504 die vom Stadtrat Karlsruhe  
 beantragte Neueinteilung der auf Gemarkung Karlsruhe  
 liegenden Grundstücke Lgb. Nr. 408, 5139, 5140, 5141,  
 5142, 5143, 5144, 5145, 5146, 5147, 5148, 5150, 5153,  
 5155, 5156, 5157, 5160, 5161, 5162, 5162b, 5162c, 5162d,  
 5162e, 5162f, 5162g, 5162h, 5163, 5166, 5168, 5169,  
 5172, 5175, 5178, 5259, 5264, 5269, 5270, 5271, 5272,  
 5280, 5290, 5293, 5293, 5294, 5296, 5297, 5297,  
 5297, 5300a, 5300, 5301, 5301, 5301, 5301, 5301,  
 5302

nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Stadtrat  
 genehmigten und mit entsprechendem Vermerk des Mi-  
 nisteriums versehenen Planes vom 6. August 1927 auf  
 Grund des § 21 des Ortsstraßengesetzes für vollzugs-  
 reif erklärt.

Als Zeitpunkt für den Übergang des Eigentums  
 und der Rechte dritter Personen ist der 1. März 1928  
 bestimmt. M. 292

Karlsruhe, den 10. Januar 1928.  
 Bad. Bezirksamt — Abt. II. — D. 3. 3

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug  
 auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“.

**Aretz & Cie.** Inhaber: A. Fackler  
 Kaiserstraße 215 Telephone 219

Abteilung I: Sämtliche Gummiwaren und Krankenpflegeartikel,  
 Gummikurzwaren, Damenbed., Hygienische Artikel, Herrenbed.  
 Abteilung II: Technische Gummi- und Asbestwaren, Treib-  
 riemenlager und Bedarfsartikel für Maschinenbetrieb.

Großverkauf 46 Kleinverkauf

Das  
**gute Bild**  
 die geschmackvolle Photo- und Bilder-  
**Einrahmung**  
 finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft  
**E. BÜCHLE** INH.  
**W. BERTSCH**  
 Kaiserstr. 132 — Gartensaal Padwet-Geigenhaus 41

**Massagen**  
 Sprechzeit von 2—7 Uhr

Telephone 6841  
**Frida Dörr**  
 Friedrichsplatz 11

**Singer-Nähmaschinen**  
 Erleichterte Zahlungsbedingungen  
 Ersatzteile — Nadeln — Oel — Garn  
 Reparaturen 47

**Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft**  
 Kaiserstr. 205 KARLSRUHE Werderplatz 42

**Badisches Landestheater**  
 Spielplan vom 14. Jan. bis 23. Jan. 1928

a) Im Landestheater:  
 Sonntag, 15. Jan. Nachmittags: 3. Vorstellung der Sonder-  
 miete für Auswärtige: Der Freischütz. Romantische Oper  
 von Weber. 15 bis nach 18. (4.—)  
 Abends: \* E 14. Cavalleria rusticana. Melodrama von  
 Mascagni. Hierauf: Der Bajazzo. Musikdrama von Leon-  
 cavallo. 19½ bis nach 22. (8.—)  
 Montag, 16. Jan. Volksbühne 5. Der Glückspilz. Lustspiel  
 von Mielck. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf  
 freigegeben. 19½ bis g. 21¼. (5.—)  
 Dienstag, 17. Jan. \* A 15. Th.-Gem. 101—300. Das vierte  
 Gebot. Volksstück von Angenruber. 20 bis g. 22¼. (5.—)  
 Mittwoch, 18. Jan. \* G 15. Th.-Gem. 2. Schr. Der Trou-  
 badour. Oper von Verdi. 19½ bis nach 22. (7.—)  
 Donnerstag, 19. Jan. \* D 16 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem.  
 501—600. Die Journalisten. Lustspiel von Freytag.  
 19½ bis nach 22. (5.—)  
 Freitag, 20. Jan. \* F 16 (Freitagsmiete). Th.-Gem. 601—700.  
 Die Macht des Schicksals. Oper von Verdi. 19½ bis 22¼.  
 (7.—)  
 Samstag, 21. Jan. \* E 15. Th.-Gem. 301—500. Zum ersten  
 Male: Allan oder: Die gelbe Rose. Komödie von Korn-  
 feib. 20 bis 22¼. (5.—)  
 Sonntag, 22. Jan. Vormittags: 2. Jugendkonzert. Leitung:  
 Rudolf Schwarz. Solistin: Magda Strad. Für Jugend-  
 liche: 0,40 bis 1,30 RM. Erwachsene nur in Begleitung von  
 Jugendlichen 0,80 bis 2,50 RM. 11¼ bis 12¼.  
 Nachmittags: Rag und Morris. Ein Wubenstück nach B.  
 Busch von Günther. Hierauf: Die Puppenfee. Ballett von  
 Bayer. 15 bis nach 17. (3.—)  
 Abends: \* C 14. Th.-Gem. 3. Schr. (1. Hälfte). La Tra-  
 viata. Oper von Verdi 19½ bis geg. 22. (8.—)  
 Montag, 23. Jan. Volksbühne 5. Der Glückspilz. Lustspiel  
 von Mielck. Plätze aller Preisgattungen sind für den all-  
 gemeinen Verkauf freigegeben. 19½ bis geg. 21¼. (5.—).

Spezialgeschäft Solinger Stahlwaren  
 Alpaca- und Silberbestecke  
 Geschenkartikel  
 Feinschleiferei  
 und Reparaturwerkstätte

**Geschw. Schmid**  
 Kaiserstraße 88 (Nähe Marktplatz) 53  
 Filiale Waldstraße 46 (zwischen Amalien- und Sofienstraße)

Kokos-Fuß-  
**MATTEN**  
 allzu billig, sind unvorteilhaft, weil Qualitäts-Matten  
 nicht viel mehr kosten und immer eine Zierde des  
 Hauses bleiben. Extra schwere Doppel-Matten  
 Stück 2,75, 2, 1 RM. im Spezialhaus 40

**RIES**  
 Ecke Friedrichsplatz 7

b) Im Städt. Konzerthaus:  
 Sonntag, 15. Jan. \* Der Raub der Sabinerinnen. Schwant  
 von Franz und Paul von Schönthan. 19½ bis 21¼. (4.—)  
 Sonntag, 22. Jan. \* Der Raub der Sabinerinnen. Schwant  
 von Franz und Paul von Schönthan. 19½ bis 21¼. (4.—)

c) In der Städt. Festhalle:  
 Montag, 16. Jan. 4. Volks-Sinfonie-Konzert. Leitung: Rudolf  
 Schwarz. Solist: Josef Reischer. 20 bis 22. (3.—)

**TRIUMPH**  
 die zuverlässigste und beste  
 SCHREIBMASCHINE  
 von Behörden u. Bürgermeisterämtern  
 bevorzugt. 42

**Georg Mappes**  
 Karlsruhe  
 Karl-Friedrich-Straße 20  
 Telephone 2264

Während des  
**Inventur - Verkaufes**  
**10% Rabatt**  
 auf alle Möbel und Polsterwaren

**Möbelhaus SEITER**  
 Waldstraße 7, bei der Beamtenbank 49

Umtausch für Inhaber von Modestellen Samstag nachmit-  
 tags 15¼—17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer  
 Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landes-  
 theaters, Tel. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen:  
 Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Wald-  
 straße, Tel. 888, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kai-  
 serstraße 141, Tel. 1420. — Weitere Verkaufsstellen: Zigarren-  
 handlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kauf-  
 mann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

**Wunderbar laufen Sie**  
 in Neubert's Schuhen

Alle Arten Stiefel und Halbschuhe  
 in nur erstklassiger Qualität mit  
 eingearbeiteter Gelenkstütze  
 Spezialitäten für empfindliche und  
 kranke Füße. Meine Schuhe  
 sind eine Klasse für sich  
 und konkurrenzlos. 54

**Reformhaus Neubert**  
 Karlstraße 29 a

„und den Herd“?  
 nach wie vor bei  
**A. ROSENBERGER**  
 Ecke Schützen- und Marienstraße 32  
 Gegründet 1882 12 Monatsraten 48

**Vorteilhaft speisen Sie in der**  
**Reform-Gaststätte**  
 Kaiserstraße 56 Telephone 3357  
 Mäßige Preise! 57 Kein Trinkzwang!  
 Essen zu 80 Rpf. und 1 Rm.  
 Große Auswahl in feinen Mehl-, Eierspeisen und Gemüse.

Ich habe einen größeren Posten  
**gute tragbare Uniformen**  
 und gebe ab:  
 Kniehosen mit Wickelgamaschen (blau) à 3 RM  
 Lange Hosen (blau) . . . . . à 3 RM  
 Röcke (blau) . . . . . à 3 RM  
 Mäntel (schwarz oder grau), fast neu . à 10 RM

**Jakob Schneller, Karlsruhe, Durlacherstr. 34**  
 Versand nach auswärts gegen Nachnahme 44

Die neuesten Modelle in  
**MÖBEL**  
 finden Sie in godiegener Ausführung sehr billig bei  
**Carl Thome & Co.**  
 Möbelhaus — Karlsruhe 45  
 Herrenstraße 23 gegenüber der Reichsbank

Im Ratenkaufabkommen

Rm Ludwigsplatz  
**Inventur-Ausverkauf** Spezialgeschäft für Herren - Bekleidung **Alfred Hirschen**  
 Bis zu 20% Rabatt!

Dem Ratenkaufabkommen 43  
 der Badischen Beamtenbank angeschlossen.